

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.25 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 50 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 13.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Donnerstag, den 16. Januar 1930.

12. Jahrgang.

Suche du für deine Leiden
Nicht bei andern Leuten Grund.
Tief ins eigne Fleisch sich schneiden,
Das ist heilsam und gesund.
Besserst du dein ganzes Wesen
Geht's aus Leiden zum Genesen.

Martin Ubrich.

Umschau.

10 Jahre Versailles!

10 Jahre Versailles! Alle Schönfärberei — in welche Tinte sie immer getaucht sein möge — nützt nichts: seit am 10. Januar 1920 im Uhrensaal des französischen Außenministeriums das Schlupfprotokoll des ratifizierten Versailler Diktates unterzeichnet wurde, wartet das deutsche Volk vergeblich auf den Frieden, mit dessen Proklamierung uns Wilson die Waffen aus den Händen schlug. Die Bestimmungen des Versailler „Friedensbuchs“ und die Demütigung Deutschlands waren derart ungeheuerlich, daß Clemenceaus „Homme libre“ nach erfolgter deutscher Unterschrift sich das Urteil erlaubte: „Die Deutschen sind so tief gesunken, daß sich vorerst niemand mit ihnen an einen Tisch setzen kann.“

Clemenceaus „Krieg mit anderen Mitteln“ gegen Deutschland steht mit brutalster Rücksichtslosigkeit ein. Deutschland erfüllt! . . .

Noch an demselben 10. Januar des Jahres 1920 wurde Elsaß-Lothringen annektiert, das Meißelgebiet vom Deutschen Reich losgerissen, das Saargebiet unter die Diktatur des sogenannten Völkerbundes gestellt, das Rheinland der Willkür der Interalliierten Rheinlandkommission unterworfen und Deutschland der Zwangsgewalt der Reparationskommission und der Kontrolle der Interalliierten Ueberwachungsaußenposten ausgeliefert. Zwar wurde noch an dem gleichen Abend französischerseits der Befehl zur Heimkehr der wider alles Recht und alle Moral zurückgehaltenen Kriegsgefangenen unterzeichnet; aber was da zurückkehrte, waren innerlich und äußerlich zerbrochene Menschen, an denen sich das Bekenntnis des Dolmetschers von Gennep grausam bestätigte: „Frankreichs Sinnen und Trachten geht dahin, die deutschen Soldaten systematisch zugrunde zu richten!“ (Deutsche Kriegsgefangene in Feindesland. Antikriegs Material. Frankreich. Seite 124.) Und der Kommandant von La Pallice hatte den Sinn dieses französischen Vergewaltigungssystems in die typischen Worte gekleidet: „Ich will, daß die Leute als lebende Leichname („cadavres“) zurückkehren! Die Hunde sollen arbeiten, daß sie bei der Rückkehr nicht mehr imstande sind, eine Familie zu ernähren!“ (Antikriegs Material. Seite 97) Wer das grauenhafte Elend kennt, mit dem die wehrlosen Gefangenen noch lange nach Kriegsende besonders bei den Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet heimgesucht wurden, der weiß auch um die unzulässigen Härten, an denen das französische „System“ ganze Arbeit tat und die in ihren heimtückischen Gräbern die erlösenden Worte „Frei!“ und „Heim!“ nicht mehr vernehmen durften. Möge ihnen die große Heimat und die letzte Freiheit umso näher sein!

Das Vernichtungswerk von Versailles nahm unerbittlich seinen Fortgang. Am 15. Januar wurde Oberschlesien besetzt, am 17. Januar flattert der weiße polnische Adler über dem Osten des alten Reiches die deutschen Truppen werden aus Danzig, später aus Flensburg zurückgezogen. Am 18. Januar fordern die Alliierten von Holland die Auslieferung des Kaisers, und am 3. Februar wurde dem Vorsitzenden der deutschen Friedenskommission, Freiherrn v. Lersner, die Auslieferungsliste der sogenannten deutschen „Kriegsverbrecher“ überreicht. Diese unerhörte Demütigung ging selbst dem völlig aus den Fugen geratenen deutschen Volke zu weit. Eine Woge der Entrüstung hegte durch das Land, und an dem einmütigen Zusammenstehen des deutschen Volkes — wenigstens in dieser einen Frage — zerbrach das Auslieferungverlangen, das der Uebermut Frankreichs und seiner Verbündeten an uns gerichtet hatte. Die Auslieferung des Kaisers scheiterte an der aufrechten Haltung Hollands, das an seinen Souveränitätsrechten nicht rühren ließ.

Es folgt die Lostrennung Nordschleswigs. Eupen-Malmédy geht an die Belgier verloren. Oberschlesien wird nach siegreicher Abwehr von drei blutigen polnischen Aufständen in zwei Stücke zerissen, von denen man das eine trotz des klar zugunsten

Deutschlands ausgefallenen Abstimmungsergebnisses dem neuen Polenstaat einverleibt. Ein deutscher Verräter, der damals zu den Polen überlief und auf Seiten Polens kämpfte, steht heute zu Frankfurt am Main in Amt und Würden und darf unbehelligt auf Kosten deutscher Steuerzahler in einer deutschen Schule deutsche Kinder unterrichten. Die Polen aber haben seither aus den von ihnen annektierten Gebieten über eine Million Deutsche vertrieben und eine Unzahl Bauern und Gutsbesitzer enteignet. Eine Entschädigung der gewalttätigen Enteigneten ist nicht erfolgt. Deutschland ist drauf und dran, den Rauschschergen Liquidationsvertrag zu ratifizieren und damit freiwillig auf einen Anspruch an die Polen in Höhe von 25 Milliarden Goldmark zu verzichten. Bei der offiziellen deutschen Polenpolitik kann es im Zusammenhang mit der stiefmütterlichen Behandlung des deutschen Ostens nur noch eine Frage der Zeit sein, wann schließlich auch noch Ostpreußen und Danzig als reife Früchte den Polen in den Schoß fallen.

Während die Alliierten kraft des Versailler Diktates die deutsche Wehrmacht zertrümmerten, die deutschen Kolonien und die deutsche Handelsflotte raubten, das deutsche Eigentum im Ausland an sich rissen, Milliardenwerte in Gestalt von Lokomotiven, Wildschäben, Zuchtvieh, Benzol, Kohlen, Holz, Erzen, Ueberseehäfen, chemischen Produkten usw. aus der völlig erschöpften deutschen Wirtschaft herauspumpten, füllten verantwortungslose Elemente im Inneren des Reiches erneut den Samen der Zwietracht und des Bürgerkrieges, geriet man im deutschen Reichstag wegen des Betriebsrätegesetzes aneinander, stürmten die aufgehetzten Massen gegen das Reichstagsgebäude, die Sicherheitswehr griff ein, Maschinengewehre mähten . . . 22 Tote, 50 Verwundete blieben auf der Walfahrt. Darunter 2 Tote und 10 Verwundete von der Sicherheitswehr.

Und der Feind stand im Land . . . Und die Faust von Versailles sank immer schwerer auf das deutsche Schicksal nieder . . .

Der „Friede“ von Versailles hat uns den Frieden nicht wiedergebracht, den Poincaré und Sazanow im Jahre 1914 gewalttätig gebrochen haben. Die rücksichtslose Besetzung des Mainlandes, Frankfurts, Homburgs, Hanau und Darmstadts durch die Franzosen am 6. April 1920 und der Gewaltstreich Poincarés gegen das Ruhrgebiet (11. Januar 1923) sowie die Inflation mit all ihren grausamen Folgen haben die Worte des Freiherrn v. Lersner, daß die Politik von Versailles „die Fortsetzung des Krieges mit langsamer wirkenden, aber abscheulichen Mitteln als der Krieg selbst, bedeutet“, allzu wahr gemacht. Ueber diesen kriegerischen Charakter der Versailler Gewaltpolitik hat die Serie der Konferenzen von London, Genéve, Genéve, Locarno, Thoiry, Paris und Haag die Völker zwar bis zu einem gewissen Grade hinwegzutäuschen vermocht; eine grundsätzliche Änderung dieses Clemenceaus-„Friedens“ aber haben alle diese Konferenzen nicht gebracht.

Auch der Völkerbund, der am vergangenen Freitag ja ebenfalls auf sein 10-jähriges Bestehen zurückblickte, hat trotz all seiner herrlichen Friedensreden an dem Versailler Machtpruch nicht nur nichts geändert, sondern den unerhörten Bestimmungen dieses „Vertrages“ zu einer internationalen Garantie verholfen. Nicht nur ist es der Völkerbund gewesen, der über Oberschlesien eine dem klaren Volkswillen hohnsprechende Entscheidung zugunsten Polens fällte, nicht nur hat er die völkerrechtswidrige Besetzung des Mainlandes und des Ruhrgebietes mit eisigem Zynismus geschehen lassen, wie er andererseits auch die gewalttätige Besetzung Wilna durch die Polen und den italienischen Vorstoß gegen Korfu stillschweigend duldete, sondern er hat auch das Schicksal der terrorisierten Minderheiten nicht im geringsten zu mildern versucht und nicht einen Finger gerührt, um dem gewalttätigen Betrüben der Völker, insbesondere Frankreichs, Einhalt zu gebieten. Wer verwundert das, wenn selbst das „Journal de Genève“ schon damals die „Sicherung der Kriegsergebnisse“ als die einzige Zielfolge des Genfer Völkerbundes bezeichnete! Auch die im Versailler Vertrag verankerte Kriegsschuldfrage ist noch immer nicht ausgetilgt. Sie bildet noch immer die moralische Grundlage für den Ausbeutungszug, den man seit 1914 plamäßig gegen Deutschland führt.

Wir stehen auch heute noch — 10 Jahre nach der Inkraftsetzung des Versailler Diktates — mitten im Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Zukunft. Dem Gewaltstreich gegen die Ruhr ist das Dawesdiktat gefolgt; und dem Dawesdiktat soll nunmehr der Youngplan folgen.

Die seitherigen Auseinandersetzungen im Haag haben bewiesen, daß sich an dem Unterdrückervillen unserer Gegner nicht das Geringste geändert hat. Der beste Beweis für die unverändert rohe Machteinstellung der Alliierten ist der Streit um die Sanktionsklausel, die man mit aller Macht auch in den Youngplan hineinzwingen möchte. Man wollte im Haag angeblich den Krieg „endgültig liquidieren“, aber eine Atmosphäre, in der das Wort „Sanktion“ überhaupt noch möglich ist, gestattet eine ehrliche Liquidierung des Krieges nicht. Niemand anders als Clemenceau selbst hat es ausgesprochen, daß „die Politik der Sanktionen nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bedeutet.“ Möge die „Germania“, das Parteiblatt des Zentrums, recht behalten, wenn sie dieser Tage schrieb:

„Sollte die Gegenseite nach allen bisherigen Leistungen und nach den hergehobenen Zugeständnissen der beiden Haager Konferenzen immer noch darauf bestehen, sich im Schlupfprotokoll sanktionsähnliche Rechte zu sichern, so müssen die deutschen Delegierten darauf aufmerksam machen, daß ein solcher Vertrag nicht die Zustimmung einer Mehrheit finden kann und daß jede weitere Diskussion zwecklos ist.“

Eine äußerst wertvolle Stütze bietet den deutschen Delegierten der neue, sensationelle Vorstoß Schachts im Haag, der mit erfreulicher Deutlichkeit auf die inzwischen erfolgte Fälschung des Youngplanes hinweist und die über den ursprünglichen Youngplan hinausgehenden Erpressungen als untragbar zurückweist. Leider hat es den Anschein, als ob die deutsche Delegation, die eigentlich nur in Prof. Moldenhauer einen wirklich starkwilligen und aufrechten Exponenten gefunden zu haben scheint, diesen neuen Vorstoß Schachts nicht in der Weise auszuwerten versteht, wie es im Interesse des deutschen Volkes wünschenswert ist. Bedauerlicherweise versucht auch gerade jetzt in den entscheidendsten Stunden der Haager Konferenz die deutsche Sozialdemokratie, die Stellung Dr. Schachts auf die unerfreulichste Art und Weise zu erschüttern. Darüber hinaus ist die S.P.D. fieberhaft bestrebt, die Unabhängigkeit der Reichsbank aufzuheben und sie wieder mit der Reichsregierung zu verfilzen. Es wäre dann der Regierung mit einem Schlage wieder die Möglichkeit gegeben, nach Herzenslust bei der Reichsbank Schachwechsel zu diskontieren und mit diesen Schuldcheinen den Bankrott der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verschleiern und abwärts in eine neue Inflation ausmünden zu lassen. Erinnern wir uns, daß die schwebende Schuld des Reiches nach vierjähriger Kriegsführung Ende 1918 rund 40 Milliarden Goldmark und dann nach vierjähriger sozialdemokratischer Finanz- und Wirtschaftspolitik Ende 1922 nicht weniger als 280 Milliarden Goldmark betrug, an deren ordnungsmäßige Deckung natürlich nicht mehr zu denken war, dann wissen wir, was uns bevorsteht, wenn die Reichsbank und mit ihr die deutsche Währung aufs neue einer Parteipolitik geopfert werden, die dem deutschen Volke schon mehr als einmal zum Verhängnis wurde.

Indes — wie wacker sich Schacht und Moldenhauer im Haag auch noch schlagen mögen —, viel zu retten für Deutschlands Sache ist im Augenblick nicht mehr. Dafür sind wir mit der Hypothek einer 10-jährigen bedingungslosen Erfüllungspolitik allzu sehr belastet. Diese Hypothek wird dadurch nicht leichter, daß sich ihre Druckmittel durchweg in den Händen der Diktatmächte befinden. Den Rest aber gibt uns die innere Zwietracht, die unselige Parteipolitik. Das Schicksal des deutschen Volkes steht trotz Locarno, Genéve und Haag noch immer im tiefsten Schatten des Versailler Gewaltfriedens. Ob wir diese unsere Lage als tragisch empfinden, hängt allein davon ab, wie weit die Skepsis unseren Freiheitswillen zu ersticken vermag. S.

Die rückständige Domänenpacht.

In Oberschlesien übertrifft sie bereits das Pachtaufkommen.

Bei der Beratung des Landwirtschaftsetats im Hauptauschuß des Preussischen Landtags betonte Minister Dr. Steiger, Preußen habe 757 Domänen in Größe von 277 109 Hektar verpachtet, selbstbewirtschaftet würden dagegen 8958 Hektar. Die Pachtrückstände seien infolge der schlechten Lage der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr größer geworden; sie betrugen bei einem Gesamtaufkommen von 11 Millionen Mark 1926 3,2 und 1929 6,3 Millionen Mark. Ostpreußen, Brandenburg und Pommern kämen in den Pachtrückständen dem Pachtaufkommen schon nahe; Oberschlesien aber, das das ungünstigste Bild biete, habe bei einem Pachtaufkommen von 500 000 Mark 1,3 Millionen Mark Pachtrückstände.

Hat die deutsche Landwirtschaft noch eine Zukunft?

Von G. Waade, Leiter d. Betheler Landwirtschaftsbetriebe.
(Fortsetzung.)

Bei der Behandlung der technischen Förderung des Ackerbaues und der Viehzucht sind aber leider die betriebswirtschaftlichen Fragen zu kurz gekommen. Da nun aber durch ihre Lösung der privatwirtschaftliche Erfolg der Wirtschaft in erster und letzter Linie bedingt wird, müssen wir hierauf heute unser Hauptaugenmerk richten.

Was andere Erwerbszweige durch mustergültige Organisationen, die die Erzeugung und den Absatz planmäßig leiten, erreichen, glaubten wir Landwirte durch einen oft 15- bis 18-stündigen Arbeitstag wettmachen zu können.

Endlich müssen auch wir Landwirte einsehen, daß wir nur durch geschlossene, kraftvolle Organisationen und einheitliches Vorgehen Einfluß auf die gesegneten Körperlichkeiten gewinnen können. Wenn ich nicht näher auf die Bedeutung staatlicher Hilfe eingehe, so folgere man nicht daraus, daß ich die Notwendigkeit staatlichen Schutzes nicht erkannt hätte. Selbsthilfe und Staatshilfe bedingen einander: Der besten Selbsthilfe ist heute ohne entsprechenden staatlichen Schutz der volle Erfolg verjagt; umgekehrt gilt dasselbe. Ist die deutsche Landwirtschaft einig, dann ist sie eine Macht, die das, was sie für recht erkannt hat, im Rahmen des Möglichen durchsetzen kann.

Wenn wir Landwirte uns fragen: haben wir auf die großen Strukturveränderungen sowohl im deutschen, als auch im gesamten Weltwirtschaftskörper innerhalb der letzten Jahrzehnte die erforderliche Rücksicht genommen, so müssen wir leider mit „Nein“ antworten. Ein kurzer Blick auf die Entwicklung unserer Verkehrsverhältnisse zeigt deutlich den — ich möchte sagen — Siebenmellenstiefgang der Wirtschaft in unserem Zeitalter. Zwischen der ersten festen Landstraße und der ersten Eisenbahn lagen viele Jahrhunderte, zwischen letzterer und dem ersten Automobile nur mehr Jahrzehnte. Als das erste Luftschiff des genialen Grafen Zeppelin bei Scherdingen ein tragisches Ende fand, wagten wohl die Kühnsten nicht zu hoffen, daß in absehbarer Zeit ein neues Zeppelin-Luftschiff erstünde, das den entsefelten Elementen des Weltmeeres standhalten und einen neuen Rekord für die Ueberquerung des Atlantik aufstellen würde. Motor, Telegraph und Radio haben die Entfernungen illusorisch gemacht und damit auch unser Wirtschaftsleben teilweise umgeformt. Durch die Vordringlichkeit der Maschine wurde auch die schwere Körperarbeit des Menschen von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt. Sowohl hierdurch, als auch durch andere Umstände, auf die wir hier nicht näher eingehen können, haben sich auch die Nahrungsmittelbedürfnisse der Menschen geändert. Diese wenigen Hinweise, die sich beliebig vermehren ließen, lassen schon ahnen, welchen Einfluß alle diese Veränderungen auf den Nahrungsmittelmarkt gewinnen mußten. Und da müssen wir Landwirte bekennen: gar zu einseitig haben wir uns im allgemeinen um die Produktionssteigerung und -verbilligung und viel zu wenig um Marktbedürfnis und Absatz gekümmert. Hier heißt es nun für unseren Landwirt: von Grund aus umlernen. Zunächst gilt es zu erkennen, daß die allgemeine Tendenz auf fast allen Gebieten des Verbrauchs, vornehmlich aber auf dem Nahrungsmittelmarkt, in den letzten Jahren lautet: Qualitätsware. Leider haben wir Land-

wirte diese Forderung bislang viel zu wenig beachtet. Was war die Folge? Unsere geschäftstüchtigen Berufsleute des Auslandes — erwähnt seien nur Holland, Dänemark und Amerika — studierten eifrig die deutschen Marktverhältnisse und lieferten gern, was der deutsche Verbraucher wünscht. Dafür nur ein Beispiel: Im ersten Viertel des Jahres 1928 stieg Deutschlands Buttereinfuhr gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres um etwa 25 Prozent; Dänemark konnte seine Buttereinfuhr nach Deutschland in dieser Zeit um fast 50 Prozent steigern. In dem Augenblick als Dänemark erkannte: England sucht sich durch Buttereinfuhr aus seinen Kolonien unabhängig zu machen, versuchte es, den für Qualitätsbutter aufnahmefähigen deutschen Markt als Ersatz zu gewinnen. Es steht einwandfrei fest, daß beste deutsche Markenbutter mindestens ebenso gut und zum Teil noch besser ist als Auslandsbutter; aber es ist auch leider wahr, daß die heimische Durchschnittsbutter den Wettbewerb mit der Auslandsware nicht aushält. Hier Abhilfe zu schaffen und in allen milchverarbeitenden Betrieben den Vorsprung der gut geleiteten deutschen Molkereien einzuholen, ist auch ohne allzu großen Kostenaufwand möglich und ein Gebot der Stunde. Ebenso wie auf dem Gebiete der Milch und ihrer Erzeugnisse liegen die Dinge bei Kartoffeln, Gemüse, Obst und den Erzeugnissen der Geflügelhaltung. Auf die Dauer können wir den deutschen Nahrungsmittelmarkt nur mit deutscher Qualitätsware zurückerobern und die Auslandskonkurrenz bannen. Diese Erkenntnis muß Gemeingut aller Landwirte werden und bewirken, daß auf die Gewinnung besser landwirtschaftlicher Erzeugnisse das größte Gewicht gelegt wird. Erst der Nachweis: das deutsche Volk mit den Erzeugnissen der heimischen Scholle in bester Qualität ausreichend und möglichst preiswert versorgen zu können, gibt unseren, sowohl im Interesse der Land- als auch der Volkswirtschaft gestellten Forderungen den erforderlichen Nachdruck. Die umgekehrte Forderung: schließt erst ausreichend die heimische Erzeugung, damit sie instandgesetzt wird, den Auslandsbewettbewerb zu bestehen, wird, fürchte ich, bei unseren Parlamenten wenig Verständnis finden. Bei der Herstellung und dem Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse müssen wir uns von den Grundfäden des realen Kaufmanns: Die Qualität und die Verpackung einer Ware üben auf Nachfrage und Preis einen bestimmenden Einfluß aus, leiten lassen. Es kann auch in unseren Kreisen nicht oft genug betont werden, daß die Qualitätsverbesserung unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in erster Linie die allgrößte Sorgfalt seitens der Erzeuger und erst in zweiter Linie einen verstärkten Betriebsmittelaufwand, also größere Kosten erfordert.

Durch Sachkunde, Fleiß und Sorgfalt läßt sich der Mehraufwand, den die Herstellung marktgünstiger Ware bedingt, stark einschränken, während größter Geldeufwand Sachkenntnis und Sorgfalt nie ersetzen kann. „Dienst am Kunden“, so muß auch für uns Landwirte heute die Parole lauten. Wie oft höre ich aber, um nur ein Beispiel zu nennen: „Die Kartoffeln kosten in diesem Jahre so wenig, daß der Städter schlechterdings nicht die sorgfältigste Sortierung verlangen kann.“ Die Ansicht läßt sich hören, aber sie ist doch leider falsch. Wir Erzeuger müssen erkennen, daß bei einem Ueberangebot nur beste Ware in guter Aufmachung Absatz und lohnende Preise erzielt. Leider hat ja die warenarme und warenhungrige Zeit der Kriegs- und Inflationsjahre verheerend gewirkt und den Sinn für Qualitätsware in weiten

Kreisen der Erzeuger geschwächt. Immer wieder hört man auf dem Lande: „Die Städter sind aber so anspruchsvoll.“ Es liegt einmal in der Natur des Menschen, daß er die Bedarfsgegenstände, die er kaufen muß, möglichst billig und in bester Qualität wünscht. Und trotzdem wird man die Qualitätsware zu guten Preisen heute im allgemeinen leichter und schneller los, als Ware 2. oder 3. Güte zu mäßigen Preisen.

Wie bereits angedeutet wurde, sind es neben der Qualität die Art der Aufmachung, die Verpackung und auch die Art des Vertriebs, die kaufanregend und preisfördernd wirken. Das beste Beispiel bietet das leider in den Städten schon allgemein beliebte Auslandsobst. Im Geschmack können die amerikanischen und australischen Äpfel mit unseren guten Tafelobstsorten im allgemeinen nicht konkurrieren, aber rein äußerlich betrachtet: in Farbe und Sortierung, wie überhaupt in der ganzen Aufmachung können wir heute den Auslandsbewerber in Obst noch nicht bestehen. Wenn wir nun auf die Obstsortierung und -Verpackung dieselbe Sorgfalt verwenden, wie die Amerikaner, wird unsere Obstverwertung recht bald eine bessere werden. Auch hier gilt es also, die Bedürfnisse des Marktes zu studieren. Vorbedingung für die allgemeine Qualitätsverbesserung ist meines Erachtens eine ganz bedeutende Einschränkung der Sortenzahl bei fast allen Erzeugnissen und die Einführung von Markenware. Voraussetzung sowohl für die Durchführung der Standardisierung unserer landwirtschaftl. Erzeugnisse als auch für ihre gute Verwertung ist aber die Schaffung neuerzeitlicher Absatzorganisationen. Damit kommen wir zur Behandlung eines ebenso schwierigen, wie dunklen Kapitels.

Der Mangel an Gemeinschaftsinn findet seinen Ausdruck in unserer verhängnisvollen Uneinigkeit. Die scheinbare Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der landwirtschaftlichen Einigungsbestrebungen, wurde mir kürzlich auf einer großen landwirtschaftlichen Tagung klar, auf der mir ein führender Genossenschaftsmann sagte: „Ich bin nicht mehr dumme genug, die Landwirte noch zur Einigkeit zu ermahnen.“ Trotzdem bekenne ich mich gern zu diesen Dummheiten, die auf die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Einigungsbestrebungen immer wieder hinweisen.

Auch auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf wurde neuerzeit über die Lage der Landwirtschaft eingehend beraten und ihre ungünstige Lage in folgenden Sätzen ausgedrückt: „Der weltwirtschaftliche Niedergang der Landwirtschaft findet seinen Ausdruck in der Störung des Gleichgewichts zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und denen der Industrie-Erzeugnisse. Diese Störung hat zur Folge, daß in einer großen Zahl von Ländern die Landwirte für ihre Arbeit und für den Kapitalaufwand keine genügende Entschädigung mehr erhalten.“ „Wenn nicht zweckdienliche Maßnahmen zur Wiederherstellung des richtigen Preisverhältnisses ergriffen werden, ist zu befürchten, daß es früher oder später zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung kommt, der das Wohl der gesamten Menschheit beeinflusst.“

In dieser Erklärung der Weltwirtschaftskonferenz wird also ausgedrückt, daß die Notlage der Landwirtschaft sich nicht nur auf Deutschland beschränkt, sondern daß sie für eine „große Zahl von Ländern“ zutrifft.

Es wird dann als Grund für den Niedergang der Landwirtschaft die Störung des Gleichgewichtes zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und Industrieerzeug-

Wilhelm Steinhäusen.

Von Dr. Reinhold Bernhardt, Leipzig.

(Schluß.)

Am bekanntesten wurde der Maler durch seine Wandgemälde, besonders die Kirchenmalereien.

Für den Architekten Rodenstein waren eine Reihe von Freskomalereien zu schaffen, ähnliche Aufträge führten 1890 zum Missionshaus nach Berniergerode, nach St. Veit bei Wien 1896 (7 Werke der Barmherzigkeit). In Frankfurt wurde die Aula des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums (1902) ausgemalt (siehe Kunstwart-Mappe), 1905 entstehen zwei Freskogemälde in der Hospitalkirche zu Stuttgart, 1912 bis 1918 die vielumstrittenen Bilder in der Lukaskirche in Frankfurt. Die Radierungen aus jener Zeit umfassen circa 60 Platten, die Zahl der einfarbigen, getuschelten oder farbig getönten Zeichnungen geht in die Hunderte. Damit soll wenigstens im Groben eine Uebersicht über das Schaffen gegeben sein.

Was nun am meisten interessiert, ist die Art und Weise der verschiedenen Arbeiten, der Stil des Künstlers. Es ist nicht das Ziel dieser Zeilen und wäre auch ein ganz verfehltes Unternehmen, Steinhäusens Kunst in eine der bekannten Schulen einordnen zu wollen und nach wohlgeordneter Zusammenstellung der beeinflussenden Künstler als Ergebnis die Zugehörigkeit etwa zu den späteren Ausläufern der sogenannten Nazarenerschule herauszustellen. Wie jeder Künstler, hat auch Steinhäusen sich im Anfang an Vorbilder anlehnen müssen und in der Zahl der vielen Land seine Vorbilder gewählt. Er hat selbst bekannt, daß ihm von den Alten Giotto und Rembrandt, von den Neueren Richter und Schwind nahegestanden haben. Wenn man die große Reihe der zeichnerischen Werke durchgeht, spürt man leicht die Beeinflussung von Richter und Schwind, in den biblischen von Rembrandt her. Was die Fresken anbetrifft, so ist das Vorbild des Italiener Giotto in Anlage und Technik stark maßgebend geworden. Von einer Nachfolge aber kann kaum die Rede sein, Steinhäusen ist durchaus seinen eigenen Weg gegangen. Die Kunstkritik konnte ihm lange nicht gerecht werden, vor allem wegen der starken Qualitätsunterschiede in seinen Werken. Infolge mangelnder Selbstkritik sind eine Reihe sehr schwacher Werke besonders stark verbreitet worden, sie haben bei der Bildung des künstlerischen Begriffes „Steinhäusen“ sich abträglich

ausgewirkt — mit Recht. Rasche Anerkennung fanden nur seine Landschaften. Man kann sie am ehesten noch mit solchen von Millet zusammenstellen. Es wagt über diesen Bildern ein feiner Nebel, sie scheinen gleichsam zu schweben, eine tief poetische Stimmung liegt über sie hingegossen. Dasselbe gilt von seinen Blumen- und Märchenbildern, die leider heute in den Hintergrund zu treten scheinen. Bei den Zeichnungen und Illustrationen* muß allerdings hervorgehoben werden, daß sie bei der Uebersetzung in den Holzschnitt stark gelitten haben, vielfach leider auch die lithographischen Vervielfältigungen, die in den achtziger Jahren in den Handel kamen.

Wenn schon seine Landschaften einen vergeistigten Zug aufweisen, so gilt dies im besonderen von seinen religiösen Tafelbildern, die in Oelfarben gemalt wurden. Die Vorliebe für die Schilderung von Dämmerzuständen hat ihn äußerlich auch hier begleitet. Große Volkszenen, dramatische Geschehnisse sind nicht dargestellt, gewöhnlich ist die Handlung sehr vereinfacht, der Nachdruck liegt im Seelischen. In den gebrochenen Farbönen, schließlich in den Helligkeitsunterschieden besteht jene gedämpfte Tonigkeit, wie sie auch in Rembrandts Bildern oft zum Ausdruck kommt. Und wie Rembrandt, ist auch Steinhäusen ein stark philosophischer Zug zu eigen, der ein längeres und wiederholtes Betrachten erforderlich macht, will man den Gehalt des Bildes erfassen. Er war ein tiefgläubiger Christ und neigte dem Pietismus zu. Um einen Einblick in sein Innenleben zu gewinnen, muß man seine Aufzeichnungen lesen; sie sind 1928 in vermehrter Auflage mit einer Einführung seines Schwiegersohnes A. Paquet im Furche-Verlag erschienen. Ihr Inhalt kann manchem zu denken geben, der in voreiligem Urteil mit seiner Kunst fertig zu sein glaubte.

Noch ein kurzes Wort über die Veröffentlichungen, die sich mit Steinhäusens Lebenswerk beschäftigen.

Vom Verlag Callwey in München wurden 3 Mappen mit je 12 Bildern (teilweise farbig) herausgegeben, 10 Farbdrucke „Tagebuchblätter“ sind bei Reutel in Lauch erschienen. Im Furche-Verlag, Berlin, 2 kleinere Mappen,

*) Im Menge-Testament mußten die Vorlagen stark verkleinert werden. Die Radierungen sind in den letzten Lebensjahren entstanden und können sich nur nach einer genauen Bekanntschaft mit Steinhäusens Auffassung und Stil erschließen. Für eine derartige Veröffentlichung sind sie ebenso ungeeignet, wie Rembrandts späte Federzeichnungen zur Bibel.

„Augenblicke und Ewigkeit“, „Jenseits des Alltags“, mit je 16, teilweise farbigen Bildern. Reproduktionen können Originale nie ersetzen! Das muß immer wieder betont werden; was aber auf diesem Wege technisch zu erreichen war, ist in diesen Mappen gegeben, die des Furche-Verlages sind im Preis niedrig gehalten und geben besonders die Stimmungswerte gut wieder.

In Buchform liegen vor: W. Reiner, Wilhelm Steinhäusen, Stuttgart 1926 (Quell-Verlag). Reiner gen. längere Zeit den persönlichen Umgang mit dem Künstler, seine Schilderung der Persönlichkeit ist schlicht und ergreifend, besonders in dem Teil, der die religiösen Anschauungen betrifft. Die Bildbeigaben sind zu knapp bemessen und unvollkommen, woran das holzhaltige Papier mit Schuld trägt. Das leider vergriffene Werk von David Koch (1904) konnte damit nicht ersetzt werden.

O. Beyer, Wilhelm Steinhäusen (mit 36 Tafeln), Berlin 1921 (Furche-Verlag). In diesem Werk, das ein hervorragender Kenner Steinhäusens geschrieben hat, wird niemand vorbegehen dürfen, der sich mit seinen Bildern eingehend beschäftigen will. Der Verfasser sucht seine Kunst vom religiösen Erlebnis aus zu werten und hat damit den einzig richtigen Blickpunkt eingenommen, von dem aus sich ein wirkliches Verständnis erschließt. Das Buch erschien im Rahmen der Furche-Kunstgaben, womit sich eine weitere Empfehlung erübrigt.

F. Lübbcke, Wilhelm Steinhäusen, Weisfeld 1929 (Weislag u. Kasing). Nachdem die erste Ausgabe (1914) längere Zeit vergriffen war, erscheint heute eine Neuauflage. Der Verfasser ist Kunsthistoriker und schreibt nüchtern und sachlich. Die Bildwiedergaben sind, nach der 1. Auflage zu urteilen, vorzüglich und vor allem auch sehr reichlich bemessen, sodaß, soweit dies in Buchform möglich ist, ein Eindruck von dem Gesamtwerk ermöglicht wurde. Die verschiedenartige Technik der Originale ist sorgfältig berücksichtigt und besonderer Wert auf die Wiedergabe seltener Frühwerke gelegt, die bei den ersten Veröffentlichungen vielfach stark entstellte waren. Die christlichen Kreise unseres Volkes werden dem Verlag für diese Neuerscheinung dankbar sein müssen. Sie enthält nicht zuletzt, was Steinhäusen uns in seinen Christusbildern gegeben hat, in denen er in schwerem, innerlichem Ringen ein Stück verkörpert, von dem, was über den Zeiten liegt, — vom Wesen der Ewigkeit.

niffe angegeben und Rückgangs der landwirtschaftlichen

Wir Landwirte landwirtschaftlichen renz fanden. Die Feststellungen der fordern von uns den Schutz und ihr im allgemeinen

Neue S

Ziel und Din gebietet.

Die Welt schen Saartonsen zunächst geplant sollen die Verh men werden, na tonferenz in f Von deutscher her auf eine V gen müssen.

Als Elmen „Saartrangoen“ Episoden reiche renz dafür gen Jahre vom Deu gabe, daß die ihr Schicksal er gebnis in Fran Erfreulicherwei

Die Hoffnu geseht hat, sind fche Bevölkerun Treue bewahrt Beltische, weber gen staatlichen Frankreich erwi Wunsch gehabt, terland heimzu

Wenn heu fenen Saartag bewußt sein, den vergangen habe. Das Saal loren, und ist wirtschastl

Für die E deutsche Folg das Saargebiet Gefahren für mal eine Zeit, deutschen Berel Gelder franzö sden Kindern schen Kampf i große materiel

Das Saar neter Landstr bertseil der de schaftswerte al trugen fünf vo tion. Den Han Steinföhle lich 13 Millio Abbau allein noch 200 Jahr duktion wurde 50 v. H. wurd die restlichen 8 v. H. nach den die Grub Grubenherrn 10 Millionen die im Saarge schönes Stüd sich des Besig

Mit der ging das Eige Staat über, de fran-Bildern schädigt werde dem Saargebiet französis 7 v. H. der C nach Frankrei für zwei Mi abseht, bei ei

Diese Ha tonferenz. Fr Saargebiet se Saartöhle sei material zu e zosen dieses richtung einer waltung und ein derartige ferung, einm Volle, auß kann immer v voller Freibe sellen in de

Nach den Land die Saad darum werden fegung des W men werden, Frankreich da erhielt, heute die Verimind der fran-Bild bau voll in hot Frankrei 200 Millio holt, indem e übrigen liege notwendigen Goffentli Vereingung

er hört man
prachvoll,
daß er die
glicht billig
wied man
m allgemei-
r 3. Güte zu
neben der
ackung und
und preis-
as leider in
bschäft. Im
aufständlichen
allgemeinen
trachtet: in
ganzen Auf-
ttbewerben
die Obstfor-
verwenden,
ertung recht
lso, die Be-
ingung für
ines Erach-
der Sorten-
ührung von
urchführung
Erzeugnisse
e Schaffung
ommen wir
ie dunklen
neinen Aus-
gigkeit. Die
Landwirts-
air kürzlich
g klar, auf
agte: „Ich
e noch zur
h mich gern
it der land-
er wieder
Benz wurde
eingehend
den Sähen
ergang der
Störung des
wirtschaf-
Diese Stöl-
von Län-
Kapitals-
erhalten.“
Wiederher-
riffen wer-
zu einem
kommt, l-
uft.“
tskonferenz
Landwirts-
kt, sondern
utritts.
ergang der
es zwischen
strieerzeug-
lltage“, mit
tionen kön-
wieder be-
nisch zu er-
n, die des
und geben
Wilhelm
Reiner ge-
mit dem
ist schlicht
e religiösen
zu knapp
haltige Pa-
Werk von
werden.
38 Tafeln),
das ein
ieben hat,
mit seinen
hoffer lacht
werten und
genommen.
erschließt.
rungsabgab-
t.
telefeld 1929
gabe (1914)
eine Neu-
nd schreibt
d, nach der
n auch sehr
form mög-
ermöglicht
originals ist
rt auf die
den ersten
aren. Die
Verlag für
ie enthüllt
n seinen
enen er
in Stück
n Zeiten

niffe angegeben und auch die Bedeutung des eventuellen Rückgangs der landwirtschaftlichen Erzeugung für die gesamte Menschheit erkannt.
Wir Landwirte sind dankbar für das Interesse, das landwirtschaftliche Fragen auf der Weltwirtschaftskonferenz fanden. Wir deutschen Landwirte unterstreichen die Feststellungen der Genfer Tagung ganz besonders und fordern von unserer Regierung, daß sie unserer Arbeit den Schutz und die Förderung zuteil werden läßt, die ihr im allgemeinen Interesse gebühren.
(Schluß folgt.)

Neue Saarverhandlungen.

Ziel und Hindernisse. — Die Bedeutung des Saargebietes. — Frankreichs Hinterlassenschaft.

Die Weihnachtsferien der deutsch-französischen Saarkonferenz, die länger gedauert haben, als es zunächst geplant war, sind zu Ende. Am Mittwoch sollen die Verhandlungen in Paris wieder aufgenommen werden, nachdem das Ergebnis der Haager Schlusskonferenz in seinen Grundzügen zu überblicken ist. Von deutscher Seite wird man dabei noch mehr als bisher auf eine Beilegung der Verhandlungen dringen müssen.

Als Clemenceau 1919 mit der Eingabe der 150 000 „Saarfranzosen“ nach hartnäckigem und an dramatischen Episoden reichen Kampfe die Versailler Friedenskonferenz dafür gewonnen hatte, das Saargebiet für 15 Jahre vom Deutschen Reich abzutrennen, mit der Maßgabe, daß die Saarbevölkerung 1935 endgültig über ihr Schicksal entscheiden sollte, feierte man dieses Ergebnis in Frankreich als einen politischen Erfolg. Erfreulicherweise zu früh.

Die Hoffnungen, die Frankreich auf das Saarstatut gesetzt hat, sind gründlich zunichte geworden. Die deutsche Bevölkerung des Saargebietes hat dem Reich die Treue bewahrt und hat sich, trotz Zuderbrot und Peitsche, weder für die „Herrlichkeit“ eines selbständigen staatlichen Daseins, noch für die Angleichung an Frankreich erwärmen können. Sie hat immer nur einen Wunsch gehabt, nämlich den, rasch in das deutsche Vaterland heimzukehren!

Wenn heute über die Lösung der künstlich geschaffenen Saarfrage verhandelt wird, muß man sich dabei bewußt sein, daß sich das Wesen der Saarfrage in den vergangenen zehn Jahren grundlegend gewandelt habe. Das Saar „problem“ hat seine politischen Seiten verloren und ist zu einer Angelegenheit von vorwiegend wirtschaftlicher Bedeutung geworden.

Für die Saarbevölkerung hat diese Wandlung bedeutsame Folgen gehabt. Als Frankreich noch hoffte, das Saargebiet für sich retten zu können, erhoben sich Gefahren für das deutsche Volkstum, gab es doch einmal eine Zeit, wo sich unter den Auswanderungen der deutschen Bevölkerung und der Einsetzung französischer Gelder französische Schulen im Saargebiet mit deutschen Kindern füllten. Als Frankreich dann den politischen Kampf verloren gab, erwuchsen dem Saarland große materielle Verluste.

Das Saarland war einst ein reicher und gesegneter Landstrich. Seine Bevölkerung machte ein Hundertstel der deutschen Gesamtbevölkerung aus, die Wirtschaftswerte aber, die diese Bevölkerung erzeugte, betrugen fünf vom Hundert der deutschen Gesamtproduktion. Den Hauptreichtum des Saargebietes stellten die Steinkohlen dar, von denen vor dem Kriege jährlich 13 Millionen Tonnen gefördert wurden und deren Abbau allein bei einer Tiefe bis zu 1000 Metern noch 200 Jahre erfordern wird. 34 v. H. dieser Produktion wurden im Saargebiet selbst verbraucht, 50 v. H. wurden im übrigen Deutschland abgesetzt, und die restlichen 16 v. H. gingen in das Ausland, davon 8 v. H. nach Frankreich. Der jährliche Reingewinn, den die Gruben dem preussischen Staat, dem größten Grubenbesitzer des Saargebietes, abwarfen, betrug 10 Millionen Mark. Die 51 000 Bergarbeiter aber, die im Saargebiet Beschäftigung fanden, verdienten ein schönes Stück Geld, ja, 22 000 von ihnen erfreuten sich des Besizes eines eigenen Hauses.

Mit der Inkraftsetzung des Versailler Vertrags ging das Eigentum an den Gruben an den französischen Staat über, der dadurch für die Herstellung der nordfranzösischen Gruben während des Weltkrieges entschädigt werden sollte. Gleichzeitig sperrte Frankreich dem Saargebiet die deutsche und öffnete ihm die französische Grenze, mit dem Erfolg, daß heute 7 v. H. der Saarkohle nach Deutschland und 47 v. H. nach Frankreich gehen, während Frankreich wiederum für zwei Milliarden Francs Waren im Saargebiet absetzt, bei einer Gesamtausfuhr von zehn Milliarden.

Diese Zahlen bilden das Gerippe der neuen Saarkonferenz. Frankreichs Bestreben geht nun dahin, das Saargebiet seiner Wirtschaft als Abzugsmarkt und die Saarkohle seiner Industrie als billiges Verenerungsmaterial zu erhalten. Das Mittel, durch das die Franzosen dieses Ziel erreichen wollen, ist u. a. die Errichtung einer deutsch-französischen Gesellschaft zur Verwaltung und zum Betrieb der Saarbergwerke. Gegen ein derartiges Kompromiß wendet sich die Saarbevölkerung, einmütig unterstützt vom ganzen deutschen Volke, aufs entschiedenste. Das deutsche Programm kann immer nur lauten: Rückkehr des Saargebietes in voller Freiheit und ohne französische Keimzellen in das deutsche Vaterland!

Nach dem Versailler Gewaltspruch muß Deutschland die Saargruben von Frankreich zurückkaufen; darum werden wir nicht herumkommen! Bei der Festlegung des Preises muß jedoch darauf Rücksicht genommen werden, daß die Gruben, für deren Fortführung Frankreich das Eigentumsrecht an den Saarbergwerken erhielt, heute wieder blühen und gedeihen, ferner muß die Verminderung der Saarbergwerke durch den von der französischen Grubendirektion betriebenen Aufbau voll in Rechnung gestellt werden. Wie man hört, hat Frankreich bereits einen Gewinn von annähernd 200 Millionen Mark aus den Saargruben herausgeholt, indem es sich auf die besten Blöcke stützte, alle übrigen liegen flach und die zwar unproduktiven, aber notwendigen Sicherheitsarbeiten unterließ.

Offentlich gelingt es nunmehr, endlich zu einer Vereinigung der Saarfrage zu gelangen, und hoffent-

lich werden dann auch die 20 000 Bergarbeiter im Saargebiet wieder Beschäftigung finden, die jetzt in der Zeit des französischen Raubbaues arbeitslos geworden sind.

Doch Beteiligung der Reichsbank

Gesellschaftliche Festlegung der Mitwirkung. — Schaeffer erstattet dem Reichskabinett Bericht.

Das Reichskabinett —, d. h. die in Berlin zurückgebliebenen Reichsminister —, trat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen und beschäftigte sich mit den bisherigen Ergebnissen der Haager Konferenz. Selbstverständlich wurde dabei auch eingehend über den Schritt des Reichsbankpräsidenten beraten. Eingehend beschäftigte sich das Reichskabinett ferner mit der Formel zur Lösung der Sanktionsfrage, die gleichzeitig auch der französischen Regierung vorlag. Als Berichterstatter war der vom Haag nach Berlin zurückgekehrte Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schaeffer tätig.

Die durch die von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht abgelehnte Mitwirkung der Reichsbank an der Bank für internationalen Zahlungsausgleich entstandene Krise betrachtete man in Berlin bei Zusammentritt des Reichskabinetts als überwunden.

Aus dem Haag war nämlich eine Mitteilung der deutschen Delegation eingegangen, nach der die Delegation noch im Laufe des heutigen Mittwochs die notwendigen Schritte unternehmen will, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und die Mitwirkung der Reichsbank gescheitelt zu gewährleisten. Wie die Delegation weiter mitteilte, hatte sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht dem Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer gegenüber dahin geäußert, daß er sich für diesen Fall seinen Verpflichtungen nicht entziehen werde.

Man schloß daraus auf eine Einigung zwischen der deutschen Delegation und dem Reichsbankpräsidenten, durch die sich die Errichtung der Reichsbank durch eine andere Bankengruppe erübrigte. Maßgebend für dieses Kompromiß war offenbar die Überlegung, daß der Youngplan seiner Konstruktion und seinen Bestimmungen nach die Mitwirkung der Reichsbank zur Voraussetzung hat, so daß bei einer Ausschaltung der Reichsbank Schwierigkeiten nicht zu vermeiden sein würden.

Trotz der damit geschaffenen neuen Lage im Haag setzte sich Staatssekretär Dr. Schaeffer mit der Reichskredit-Gesellschaft und der Preussischen Seehandlung in Verbindung, um für den Eventualfall, daß das Haager Kompromiß doch noch auf Schwierigkeiten stoßen sollte, der Mitarbeit dieser Banken sicher zu sein.

Der amtliche Bericht.

Nach Beendigung der Kabinettsitzung wurde der Presse folgender Bericht übergeben:

„Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Gang der Haager Verhandlungen befaßt und, soweit ein Ergebnis vorliegt, der Haltung der deutschen Delegation ausgemittelt.“

Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten die Reichskreditgesellschaft A. G. und die Preussische Staatsbank (Seehandlung) erlucht hat, an Stelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken dazu bereit erklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reisen Direktor Mitscher und Präsident Schroeder nach dem Haag.

Ferner hat sich das Reichskabinett mit der Frage der Errichtung des Weizen- und Roggenzolls befaßt und sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf 9 Reichsmark und der Weizenzoll auf 9,50 Reichsmark erhöht wird.

Zu dem Entwurf eines Hindernisse-Monopolgesetzes befaßt das Kabinett Doppelvorlage, soweit es sich um die außerhalb des Monopols zugelassene Eigenproduktion handelt.“

Veröffentlichung der Sanktionsformel?

Für den heutigen Mittwoch ist eine neue gemeinsame Sitzung der sechs einladenden Mächte im Haag anberaumt. Man nimmt an, daß, falls in dieser Sitzung eine endgültige Einigung über die Sanktionsformel zustande kommt, der Wortlaut der Formel noch im Laufe des heutigen Mittwochs veröffentlicht werden wird.

Schacht empfängt die Presse.

Kein Rücktritt von der Leitung der Reichsbank.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat die Vertreter der Presse zu sich und machte folgende Ausführungen: Ende vorigen Jahres habe der amerikanische Vorstehende des Bankinstitutes eine schriftliche Anfrage an den Reichsbankpräsidenten gerichtet, die sich auf die Beteiligung der Reichsbank an der internationalen Bank bezog. Daraufhin habe er, Schacht, mit dem Datum vom 31. Dezember geantwortet und in diesem Brief hervorgehoben, daß die Reichsbank ihren Entschluß erst nach dem Ergebnis der Haager Konferenz fassen könne. Diesem Brief habe ein einstimmiger Beschluß des Direktors der Reichsbank zugrunde gelegen.

Der Vorsitzende des Komitees, Reynolds, habe diesen Brief am 3. Januar erhalten. Ferner habe die Reichsbank der Reichsregierung von dem Inhalt dieses Briefes Kenntnis gegeben. Jemande Rückfrage der Reichsregierung sei darauf nicht erfolgt.

Das Reichsbankdirektorium sei von der Überzeugung beherzigt, daß die Reichsbank in ein internationales Bankunternehmen nur dann eintreten könne, wenn auch die moralische Grundlage des Geschäfts gesichert sei, sonst mache die Reichsbank nicht mit, wenigstens nicht freiwillig.

Zum Schluß betonte Reichsbankpräsident Dr. Schacht, er überlasse es der deutschen Regierung, welche Folgerungen sie aus seiner Haltung herleiten wolle. Er selbst denke nicht daran, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Er werde seine Verantwortung weiter tragen.

und sich ihr nicht durch die Flucht entziehen. Zu den politischen Fragen könne er nicht Stellung nehmen, weil er mit der Politik nichts zu tun habe.

Eine Mitteilung Dr. Schachts an die Presse.

Haag, den 14. Januar. Aus einer der Presse gemachten Mitteilung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht geht hervor, daß mit der von der deutschen Abordnung getroffenen Vereinbarung über Mitwirkung der Reichsbank an der B. I. Z., die Frage der persönlichen Beteiligung des Reichsbankpräsidenten, seine Vertretung im Verwaltungsrat der B. I. Z. usw. noch nicht endgültig geklärt seien. Reichsbankpräsident Dr. Schacht scheint die Auffassung zu vertreten, daß die persönliche Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten an der B. I. Z. gleichfalls gesetzlich geregelt werden müßte. Die endgültige Entscheidung, ob der jeweilige Reichsbankpräsident sodann diese Verpflichtung der persönlichen Mitwirkung bei der B. I. Z. auf sich nehmen oder nicht, müsse der Entscheidung des Reichsbankpräsidenten vorbehalten bleiben.

Das Schreiben des Reichsbankpräsidenten vom 30. Dez. v. J. ist, wie erneut festgestellt wird, von dem Direktorium der Reichsbank gebilligt worden und trägt auch die Unterschrift des Vizepräsidenten der Reichsbank.

Deutscher Landgemeindetag.

Sitzung des Hauptvorstandes. — Dr. Gereke zur Finanzreform. — Wegen des Zuschlagsrechts. — Für Einführung einer Kopfsteuer.

— Berlin, 15. Januar.

Der Hauptvorstand des Deutschen Landgemeindetags trat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Lange in Berlin zu einer Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die geplante Finanzreform.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetags, Dr. Gereke, erstattete Bericht über die Pläne des Reiches und warnte davor, die Realsteuern auf Kosten der Landgemeinden zu senken. Im Haushalt der Landgemeinden seien auf der Ausgabe Seite 90 v. H. aller Kosten zwangsläufig bedingt. Praktisch könne man jetzt übrigens nur noch mit Bruchteilen der anfangs geplanten Steuerentlastungen rechnen.

Wenn die Haushalte des Reiches, der Länder und der Gemeinden richtig ausbalanciert werden sollten, dann würden sich neben der notwendigen Entlastung für die Realsteuerpflichtigen bestimmte Steuererhöhungen auf der anderen Seite nicht vermeiden lassen. Die allgemeine Umsatzsteuer könnte man von 4 auf 1 v. H. erhöhen, unter gleichzeitiger Befreiung aller noch bestehenden Umsatzsteuer-Privilegien. Ebenso könnte das Auskommen aus der Kraftfahrzeugsteuer durch eine Umgestaltung dieser Steuer nach Maßgabe der tatsächlich gefahrenen Kilometerzahl oder des verbrauchten Brennstoffes ganz erhebliche Mehreinnahmen bringen, die zur Entlastung der Bebaupflichtigen verwendet werden müßten.

Der Gedanke, die Realsteuernanteile aus Einkommen- und Körperschaftsteuern den Ländern und Gemeinden zu kürzen, erscheine solange vom Standpunkt der Landgemeinden aus unannehmbar, solange nicht ein vollwertiger Ersatz für diese Kürzungen gegeben werde. Das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer etwa als solchen Ersatz anzusehen, sei für die Landgemeinden unmöglich. Je härter die Landgemeinden den Gedanken der Einführung eines Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer ablehnten und je mehr aus sozialen Gründen der Gesetzgeber sich zu einer weiteren — der Finanzlage der Landgemeinden allerdings fast abträglichen — Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums noch entschließen sollte, um so tragbarer erscheine die Einführung eines beweglichen Faktors für die Gemeinden in Gestalt der von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Verwaltungskostenbeiträge, der sogenannten Kopfsteuer.

Der Vorstand stimmte diesen Ausführungen grundsätzlich zu. Im weiteren Verlaufe der Tagung berichteten Ministerialrat Schellen über die Einschränkung des Kommunalcredits und Verwaltungsdirektor Schmidt-Stuttgart über die geplante Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechts. Der Entwurf des Reichsjustizministeriums zur Neuordnung des Pachtrechts wurde abgelehnt.

Bergverwaltung ist zufrieden.

Staatsminister Dr. Schreiber verzeichnet eine befriedigende Entwicklung der staatlichen Bergwerke.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags teilte Staatsminister Dr. Schreiber bei der Beratung des Haushalts der Bergverwaltung mit, die Gruben hätten im letzten Jahre zufriedenstellend gearbeitet. Die Steinkohlengesamterzeugung von 159,2 Millionen Tonnen übertriffe die Förderung des Jahres 1928 um 12 Millionen, die des Jahres 1913 um 24 Millionen. Die staatlichen Gesellschaften hätten an der günstigen Entwicklung ihren Anteil gehabt. Auch der Arbeitnehmer-schaft sei die günstige Entwicklung zugute gekommen. Die Unfallziffer von 1929 läge ungefähr ebenso wie in dem besonders günstigen Vorjahre.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sagte der Minister, es müßte Vorfrage getroffen werden, daß nicht unter ganz anderen sozialen Verhältnissen gewonnenen Kohle die deutschen Preise über den Haufen werfe und den ganzen Bruch den schlesischen Arbeitern allein auflege. Eine Erschwerung der Lage bedeute auch die Minierung der italienischen Reparationskohlenbezüge.

Der Minister sprach kurz über die Vorschläge für die Rückgliederung der Saarkohlenwirtschaft und ging dann auf die anderen Bergbaugruben ein. Die Lage im Kali-, Zink-, Silber- und Bleibergbau sei nicht sehr günstig. Die Eisenerzförderung habe die Höhe von 1928 nicht ganz erreicht, befände sich aber unter dem Einfluß der Unterstützungsfaktoren im Ansteigen. Die Erdoilförderung habe zum erstenmal 100 000 Tonnen im Jahr überschritten.

Völkerverbund und Kriegsschlichtung.

Einsetzung eines Ausschusses für die Angleichung der Völkerverbündungen an den Kelloggspakt.

— Genf, 15. Januar.

Im weiteren Verlaufe der Ratstagung erstattete Staatssekretär Dr. von Schubert mehrere Berichte über Wirtschaftsfragen und gab die Einberufung der Zollfriedenskonferenz zum 17. Februar bekannt. 26 Staaten hätten die Einladung angenommen. Zum Präsidenten der Zollfriedenskonferenz wurde der frühere dänische Außenminister Graf Molte gewählt. Alsdann wurde die Einsetzung eines Ausschusses für die Angleichung der Völkerverbündungen an den Kelloggspakt beschlossen. In der vorausgegangenen Debatte hatten Briand, Henderson und Staatssekretär von Schubert das Wort genommen und die Notwendigkeit unterstrichen, die Widersprüche zwischen Kelloggspakt und Völkerverbündungen zu beseitigen.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Hauser, und der polnische Gesandte in Berlin, Knoll, verhandelten unter Hinzuziehung von Mitgliedern der beiden Delegationen über Ergänzungen des Liquidationsabkommens und über den deutsch-polnischen Handelsvertrag. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Mussolinis Flotten-Parade.

Italien mühte ebenso hart wie England sein. — Rom, tragische Lage. — Das bedrohte Schicksal der Lombarde Regonanten.

— Rom, 15. Januar.

Das Befehlsblatt der faschistischen Partei bezeichnet eine Einigung auf der Flottenkonferenz in London als sehr wünschenswert, weist aber gleichzeitig auf die ersten Schwierigkeiten hin, die überwunden werden müßten. Eine von diesen sei die Frage der Flottengleichheit mit Frankreich, auf die unmöglich verzichtet werden könne. Wesentlich sei, daß das Recht auf Gleichheit auch in dem neuen Protokoll enthalten sei, das die Arbeiten der Londoner Konferenz abschließen werde.

Italien hatte nicht nur seine Forderung auf die Flottengleichheit mit Frankreich voll und ganz aufrecht, sondern beanspruchte dieses Recht ideell auch gegenüber der mächtigen Seemacht der Welt. Nur wegen seiner bescheidenen wirtschaftlichen finanziellen Möglichkeiten verzichtete Italien darauf, sein Recht auf Flottengleichheit mit England geltend zu machen.

Die Lage Italiens im Mittelmeer sei ernst, ja sogar tragisch. „Das Leben einer Nation von 42 Millionen hänge von der Durchfahrt durch die wenige Kilometer breite Enge von Gibraltar ab.“ Für Frankreich sei die Mittelmeerfrage eine Frage des sicheren Militärtransportes farbiger Truppen nach dem Hauptlande, für Italien sei es eine Frage des Lebens oder des Todes für das ganze Volk. Es könne sein, so schließt die Erklärung, daß die Klippe der französisch-italienischen Gleichheit das Schicksal der Lombarde Regonanten, die sich auf der Suche nach dem Frieden befinden, zum Sinken bringe. Diese Möglichkeit lasse Italien aber völlig ruhig.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. Januar 1930.

Der Deutsche Sprachverein veranstaltete in Berlin einen Juristenabend.

Der britische Kommissar bei der Rheinlandkommission, Seeds, wird in den nächsten Tagen Wiesbaden verlassen und als Botschafter nach Rio de Janeiro gehen.

„Frische Entlassung von fünf Matrosen. Die Marinleitung teilt mit, daß sie vor einem halben Jahre fünf Angehörige der Reichsmarine fristlos entlassen habe, denen nachgewiesen werden konnte, daß sie sich an kommunistischer Propagandatätigkeit beteiligt hätten. Zwei gehörten dem U-Boot „Eisack“ an, einer dem Arsenal in Kiel, einer dem Stationskommando und einer dem Kriegsschiff „Stern“.

Das Urteil gegen die Reichsbahnbeamten Nicolai und Bieweg vom Reichsgericht aufgehoben.

— Leipzig, 15. Januar. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hat in seiner Plenarsitzung das Urteil der 4. Strafkammer beim Landgericht Dresden vom 30. Mai 1929 gegen den Reichsbahnrat Nicolai und

den Reichsbahnsekretär Bieweg aufgehoben und hat die Angelegenheit zu anderweitiger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Nicolai und Bieweg hatten zusammen eine Erfindung im Signalwesen der Eisenbahn gemacht und hatten, anstatt diese Erfindung pflichtmäßig der Reichsbahn als Beamtenleistung zur Verfügung zu stellen, diese Erfindung einer Gesellschaft übergeben, von der sie Lizenzgebühren erhielten. In diesem Vorgehen sah die vierte Strafkammer bei Nicolai Betrug in Tateinheit mit gewinnluchtiger Untreue und bei Bieweg Betrug. Nicolai wurde zu sieben Monaten Gefängnis und Bieweg zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Rücktritt des Oberbürgermeisters Böß?

— Berlin, 15. Januar. Zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Mitte und den Sozialdemokraten sind Verhandlungen eingeleitet worden, die auf den Rücktritt des Oberbürgermeisters Böß abzielen. In diesem Fall würde das Disziplinarverfahren sofort eingestellt werden.

Dormüller in Schlesien.

— Breslau, den 15. Januar. Der Generaldirektor der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. Dormüller, bereist gegenwärtig mit mehreren Herren der Hauptverwaltung Schlesien. Am Dienstag weilte Dr. Dormüller in Breslau, am heutigen Mittwoch wird er auch das Lager Bergland und Waldenburg besuchen.

Rein Ersatz der Reichsbank.

Der Standpunkt der Gläubigermächte.

Die französische Abordnung hat, wie verlautet, dem Präsidenten der Saager Konferenz, Japard, schriftlich die Mitteilung zugehen lassen, daß die französische Regierung nach eingehender Prüfung der Vorschläge der deutschen Abordnung, an Stelle der Reichsbank eine andere deutsche Bankengruppe in die WZB. eintreten zu lassen, zu der Auffassung gelangt sei, daß eine andere deutsche Bankengruppe für die Mitwirkung an der WZB. nicht in Frage komme. Nach dem im Youngplan vorgesehenen Satzungen der WZB. könne nur die Reichsbank für die Mitwirkung und Vertretung in der WZB. in Betracht kommen, da nach den deutschen Gesetzen nur die Reichsbank für den Notenumlauf und die Stabilität der deutschen Währung verantwortlich sei.

Die englische Abordnung hat, wenn auch noch nicht in amtlicher Form, so doch sachlich den gleichen Standpunkt eingenommen und gleichzeitig gefordert, daß die deutsche Reichsbank und keine andere deutsche Bankengruppe bei der WZB. vertreten sein soll. Eine ähnliche Erklärung hat die italienische Abordnung abgegeben.

Rundschau im Auslande.

Das oberste itailische Gericht bestätigte zwei gegen Kommunisten verhängte Todesurteile; eine gleichfalls zum Tode verurteilte Kommunistin wurde zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Die Begnadigte ist jedoch bereits vor einigen Wochen gestorben.

In Frankreich macht sich ein starker Mangel an Arbeitskräften bemerkbar, so sollen z. B. im letzten Jahre drei Millionen Tonnen Kohle nur deshalb nicht gefördert worden sein, weil es an Arbeitern gefehlt habe.

Das englische Kriegsministerium hat die Abschaffung des Stahlhelms als Friedensausrüstung der Landtruppen beschlossen.

Die englisch-polnischen Kohlenverhandlungen sind erfolgreich abgeschlossen worden. Wie verlautet, sollen nunmehr auch mit dem rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikat Verhandlungen aufgenommen werden.

Interparlamentarische Handelskonferenz.

In Nizza versammelte sich der Hauptauschuß der internationalen parlamentarischen Handelskonferenz. Vertreter Deutschlands ist der demokratische Reichstagsabgeordnete Oskar Meyer.

Das italienische Kronprinzenpaar auf Capri.

Das neuvermählte italienische Kronprinzenpaar ist an Bord eines Torpedobootes auf der Insel Capri eingetroffen, um dort die ersten Tage der Flitterwochen zu verbringen.

Warschau in Ungst.

Vergiftetes Wasser, vergiftete Fische.

Am Fluß Czarna ist ein riesengroßes Reservoir der polnischen chemischen Fabrik Nitrat abblakt und hat

16 000 Liter einer giftigen Säure in den Fluß abgelassen.

Warschau ist in größter Aufregung, denn die Czarna mündet durch die Wisla in den Oberlauf der Weichsel und trägt den Giftstoff demnach weiter. In den genannten Nebenflüssen sind bereits alle Fische getötet worden und werden jetzt angeblich in Massen von den Uferbewohnern aufgefangen und an Händler verkauft, die sie angeblich in die Städte bringen.

Wie die Untersuchung ergeben hat, ist das Plaken des großen Säurebehälters auf eine verbrecherische Tat zurückzuführen. Man nimmt an, daß es sich um den Raubakt eines entlassenen Arbeiters handelt.

Da die Warschauer Wasserleitung aus der Weichsel gespeist wird, hat das Innenministerium der Filtrierstation den Befehl erteilt, den Zufluß sofort abzusperren. Die Wasserleitungen sollen einige Tage aus Reservoirbehältern gespeist werden.

Verschiedenes.

Die evangelischen Arbeiterführer Westdeutschlands zur christlich-sozialen Bewegung. Eine zahlreich besuchte westdeutsche Konferenz der Vereinigung evangelischer Arbeiter- und Gewerkschaftsführer hat am 6. Januar in Hamm i. W. zur politischen Lage Stellung genommen. Reichstagsabgeordneter Hartwig und Landtagsabgeordneter Lindner sprachen über die christlich-soziale Bewegung der Gegenwart. Die Konferenzteilnehmer begrüßten einmütig die Haltung der ausgeschiedenen Abgeordneten Hartwig, Güller, Lambach, Behrends, Meyer, Pfarrer Kießel und Pfarrer D. Mumm und stellten sich rückhaltlos hinter ihre christlich-sozialen Führer. Die Anwesenden bekannten sich geschlossen zum christlich-sozialen Gedanken, an dessen Durchsetzung sie nach besten Kräften mitzuhelfen sich bereit erklärten. Die Konferenz begrüßte, daß nunmehr für die christlich-soziale Bewegung in Deutschland freie Bahn geschaffen ist, wodurch weitesten evangelischen Volkskreisen, besonders auch der Arbeitnehmererschaft, die Möglichkeit zur praktischen Mitwirkung im staatsbürgerlichen Leben und zugleich eine politische Heimat gegeben wird.

Bethel.

Heute Mittwoch, Vorführung des Großfilms:

„Die Seeschlachten bei Coronel und den Falklandsinseln“ (Graf Spee und seine Betreuen zum Gedächtnis).

Die einleitenden Worte spricht Herr Graf Baudissin. Auch der große Posaunenchor unter Leitung von Herrn Walter Dume wird mitwirken.

Um 2 Uhr Vorführung für die Insassen der Frauenhäuser, um 1/3 Uhr Vorführung für die Insassen der Männerhäuser, um 1/8 Uhr Vorführung für jedermann.

Eintritt für Jugendliche bis zu 17. Jahren 30 Pfg., für Erwachsene 60 Pfg., an der Kasse 75 Pfg. Die Kranken haben am Nachmittag freien Eintritt, Gesunde nur gegen Eintrittskarte.

„Und sehet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein!“ Dieser mannhafteste Bers, der den deutschen Reitergeist wie kein anderer widerspiegelt hat auch für die deutsche Kriegsmarine von jeher seine Gültigkeit gehabt. Das tapfere deutsche Kreuzergeschwader des Grafen Spee hat dem Heldegeist der deutschen Marine ein nie verlöschendes Erinnerungsbild gesetzt. Fern der Heimat, auf verlorenem Posten, haben die tapferen Besatzungen einem übermächtigen Feinde die Stirn geboten in dem Bewußtsein, für ihr Vaterland, wenn auch nicht zu siegen, so doch zu sterben.

Dieser Film vom Heldenlied der deutschen Marine hat überall einen tiefen Eindruck hinterlassen und einen stummen, aber großen Erfolg errungen.

— Christl. Verein j. Männer. Donnerstag 8 1/2 Uhr: Brüder- u. Männerchor in Nazareth. Desgl. 8 1/2 Uhr: Steuergeschichte und Jugendabend in Gosen.

Für den Plattdeutschen Abend am Sonntag, 19. Jan., siehe heutiges Inserat.

Assaphum-Bethel

Sonntag, den 19. Januar 1930, abends 7 1/2 Uhr

Plattdeutscher Abend

dargeboten von Herrn Konrektor Brinkmann-Bielefeld

Mitwirkende: das Bethel-Orchester, der Kleine Chor und Herr Engelbertz mit seiner singenden Säge.

Folge:

1. Orchester: Marsch Haendel
2. Kleiner Chor: Bergpsalm Zwyssig
3. Die aule Magister Wilbel
4. Die singende Säge: (a) Ueber d. Sternen Brand-Caspari
5. Die aule Dokter Spund Schubert
6. Die singende Säge: Zwei Lieder ohne Worte . . . Mendelssohn
7. Die Fesrede Lindau
8. Kleiner Chor: Der furchtsame Jäger . . . Rh. Volksweise
9. Die nisse Brandsprützen Hollmann
10. Orchester: Orgelkonzert Haendel
11. Kleiner Chor: Es ist so still geworden Maßberg

Programm 50 Pfennig, für Jugendliche 25 Pfennig im Vorverkauf. An der Abendkasse 60 und 30 Pfennig.

C. V. J. M.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Ohne Gehalt

sucht tüchtige Hausfrau, Fräulein, Wirkungskreis. Krüger, Hamburg, Andreasbrunnen 4.

Lehrertochter, 23 Jahre (gesund und kräftig), welche ein Jahr eine Haushaltungsschule besuchte, sucht zu April evtl. auch später

Stelle als Hausdame

zur weiteren Ausbildung im gutbürgerlichen Haushalt oder Erhaltungshaus und dergleichen, wo Mädchen vorhanden, bei vollem Familienansehen. Taschengeld erwünscht. Selbstige ist auch gern bereit, nebenbei mit ihren Kenntnissen in Stenographie u. Schreibmaschinen-Schreiben zu dienen. Offerten unter A 6052 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche für meinen Bruder, 22 1/2 J., alt, gläubig, fleißig und ordentlich, gelernter Schlosser, 3. Jt. arbeitslos, passende

Stellung

Freundliche Angebote mit Gehaltsangaben unter A 6051 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche für bald

Haustochter

zur Beaufsichtigung d. Schularbeiten m. Jungen (Quintaners), z. Hilfe in Haushalt und Gärtnerei. Christl. Gesinnung und gute Kenntnis der franz. Sprache Bedingung. Frau v. Neben, Rittergut Wendlinghausen b. Hammel i. Bippe.

Gallenstein-Tee

Eine Monatskur Nachnahme 5,10 Mk. Hervorragendes Vorbeugungsmittel bei chronischen Gallensteinkrankungen. Apotheke, Christianstadt am Bober.

Schleswig - Holsteinische Meiereifabrik

tägl. morgens frisch hergestellt. Versand in 9,6 und 5 Pfund Postpaketen gegen Nachnahme. Thomas Henningsen, Butterversandhaus, Schönderup, Süderbrarup, Kr. Schleswig Land.

Mehrere gebrauchte, gut erhaltene

Pianos

sehr preiswert, auch auf Teilzahlung abzugeben.

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

Kur-Anstalt Erholungshelm

vegetarisch und Rohkost

Ebert

Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. freil

Klee-Linden Honig

Reinheit gar. durch Kontrolle des Nahrungsmittel-Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld. 10 Pfd.-Dose 12,20 Mk., 5 Pfd.-Dose 7 Mk., 1 1/2 Pfd.-Dose 2,30 Mk. fr. Haus. Nach

Wilh. Krieger, Borgeln 2 bei Soest (Westf.)

Dieser Honig ist auch in Ophir veremigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.



H. Breder

Bielefeld, Gütersloherstraße 14 Fernsprecher 1012

Spezialabteilung für moderne Augenoptik

Schriftleitung: W. Kraus, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel

Nr. 14.

Wenn e
Wie du
Und Go
Und gä
Wie wä
Du me
Du mü
So lieb

Hat die d
no

Von G. Baade, B

Ebenso wichtig
uns einmal den
das Gleichgewicht
und landwirtschaftl
geführt werden k
uns längst bekan
mügen.

Wenn nach d
konferenz die No
zutritt, dann mu
für die Unrentab
ist m. E. auch d

Während im
wählten Strukt
in den letzten Ja
entsprechende Dr
zwar planmäßig
wirte im großen
wir die Erzeugn
Abfall, die ration
ten wir uns viel
aufzuweisen, was
der Industrie, de
Gewerkschaften
entpflicht.

Wir erkennen
einigen und
Gelegenheit über
einzig richtige
ähnliche Kraftque
Wenn nun viele
sammenschluß zu
und dergleichen
so kann ich nur
aus der Tatsache
mit landwirtschaft
den, der Schluß
schaft nicht, so
widersprochen w
wirtschaftliche G
steten, ihr Einflu
bislang kleinen
ben wir in Deut
Volkserzeugnis
merliche Verwert
Warum werden
der Geflügelhalt
angemessenen Pr
richt, für alle di
ausdrücklich —
senden Jollschütz

Erkennen wir
Einigkeit in un
fluß auf die Pa
erforderlichen
ferner, daß die
Genossenschaften
pfeiler der wirtsch
fen. Erkennen w
unentbehrlich er
tung sein kann,
feres Land- u
C.-erzeugung
muß, daß er al
unsere landwirt
wendet. Erkenn
Hilfsquelle ist un
denn das alte S
Gott,“ hat auch
sem Falle, erken
deutung des M
Marktbeobachtun